

Provisorisches Flugblatt für Projekt APaB

Dass die Entscheidungen und Gesetze, die von der Regierung verfügt werden, uns alle betreffen, scheint jedem noch klar zu sein, schließlich spüren wir eine Steuererhöhung in der eigenen Brieftasche und eine neue Regelung spätestens dann, wenn wir dazu ermahnt werden, sie einzuhalten. Dass aber in einer Demokratie alle Macht vom Volke ausgeht, das können viele kaum noch glauben, da sich als Ergebnis ihres Urnengangs selten eine politische Trendwende ereignet.

Und so wollen die Nachrichten von der galoppierenden Neuverschuldung, vom schwächelnden Wirtschaftswachstum, von der Unsicherheit des staatlichen Sozialversicherungssystems, vom Geldmangel der Bildungseinrichtungen und von Einschränkungen der Bürgerrechte wegen Überwachungsmaßnahmen nicht abreißen. Diesen wachsenden Problemen, für die teilweise sogar die Fehlentschlüsse im Bundestag selbst verantwortlich sind, begegnen unsere großen Parteien im Parlament offenbar mit Ratlosigkeit und ohne jeglichen Mut zu einer Initiative.

Um diesem Zustand ein Ende zu bereiten und für spürbare Verbesserungen zu sorgen, die sich etwa bei den persönlichen Rechten und Finanzen zeigen würden, müssen wir als die Bürger in Aktion treten, unserem Unmut gegenüber der aktuellen Situation äußern und unserem Wunsch nach Reformen Gehör verleihen. Es gilt nicht nur, die Abgeordneten, die schließlich unsere Meinung in politischen Angelegenheiten vertreten sollen, an ihre damit verbundenen Pflichten zu erinnern, sondern ihnen zugleich mitzuteilen, wonach unser Wille verlangt.

Obwohl eine weitgehende Einigkeit darüber besteht, dass wir uns der Bekämpfung der immer offensichtlicher werdenden Missstände widmen sollten, gibt es zahlreiche Lösungsansätze, die jeweils ihre Vor- und Nachteile mit sich bringen. Und da eine Forderung nur Beachtung findet, wenn sie von vielen getragen wird, empfiehlt es sich, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen und sich auf die wesentlichen Schritte zu verständigen, die für sinnvolle Umgestaltungen geeignet scheinen. Daher soll nun eine Petition, die sowohl veröffentlicht, als auch beim Bundestag eingereicht werden soll, eine Reihe von Punkten enthalten, deren Realisierung die Weichen für einen spürbaren Fortschritt und einen merklichen Aufschwung stellen würde.

Es herrscht Konsens darüber, dass der Erfolg dieses Vorhabens nach

- der Verminderung des schädlichen Lobbyismus,
- der Eindämmung von Korruption in der Politik,
- der Vermeidung eines Staatsbankrotts und dem damit verbundenen wirtschaftlichen Erdbeben,
- der Bekämpfung der Politikverdrossenheit und
- der Abschaffung der in den starren Parteiprogrammen bestehenden Behinderungen einer freigeistlichen, flexiblen Demokratie

verlangt.

Aus diesem Grund werden nicht nur

- Volksabstimmungen zur Beschlussfällung über wichtige Gesetzesentwürfe gefordert, sondern
- zugleich das Verbot von Nebentätigkeiten der Abgeordneten,

- zugleich die prozentualen mit der Höhe des Einkommens proportional bis zu einem Höchstmaß steigenden Steuersätzen,
- zugleich die gesetzliche Verpflichtung zu einem geregelten Haushalt,
- zugleich die staatlich geförderte Verdeutlichung des Wertes der demokratischen Mitbestimmung durch schulische Exkurse und weitere Maßnahmen und
- die Ersetzung aller Funktionen der Parteien und das Treffen aller entsprechenden Vorkehrungen zur Einführung der Kandidatur von Privatpersonen, anstelle der von Parteien und ihrer Repräsentanten.

In Zeiten, die von Stillstand und Ideenlosigkeit in der Politik geprägt werden, in Zeiten wie diesen, liegt es an uns, ein Zeichen zu setzen!

Zögern wir nicht länger; wandeln wir unsere Gesellschaft um!

